



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. März 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 620 Postulat Frye Urban und Mit. über die Schaffung eines Anreizsystems für die Verwendung von ökologischen, nachhaltigen Baumaterialien bei Neubauprojekten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Urban Frye ist damit einverstanden.

Pius Müller beantragt Ablehnung.

Weitere Voten sind in der [Botschaft B 87](#) zu finden.

Urban Frye: Ich konnte mich kurz mit Pius Müller unterhalten, der den Ablehnungsantrag gestellt hat, und glaube, dass wir alle gar nicht so weit auseinanderliegen. Wenn ich den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung richtig verstanden habe, geht es darum, ob der Kanton die Zertifizierung machen soll oder nicht. Das ist für mich aber gar nicht zentral. Man kann allenfalls ein Modell ausarbeiten, dass es einen Bonus gibt, wenn man sich bei einem Bauprojekt nach durchlaufenen Prozessen zertifizieren lässt. Beim Ablehnungsantrag geht es wohl um eine ähnliche Fragestellung. Wenn das der Fall ist, dann bin ich mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden. Das Anliegen ist deponiert, und ich habe gesehen, dass für all diese Fragen konkrete Lösungen gefunden werden sollen. Damit bin ich zufrieden.

Pius Müller: Dieses Postulat lehnt die SVP ab. Die SVP-Fraktion unterstützt es, dass zukünftig bei Neubauten wie auch bei der Sanierung von bestehenden Bauten nachhaltige und ökologische Baumaterialien verwendet werden und somit der CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduziert wird. Wie heisst es so schön und wird im Kantonsrat immer wieder betont? Eigenverantwortung. Aus Sicht der SVP dürfen keine Vorschriften wie eine Zertifikatspflicht geschaffen werden. Bei Sanierungsbauten würde das mit höheren Kosten bezahlt. Im Planungsbericht Klima und Energie sind die Anliegen des Postulats weitgehend enthalten. Eine Zertifizierung auf Kantonsebene würde nur einen bürokratischen Mehraufwand mit sich bringen. Schlussendlich ist das nicht eine Aufgabe des Kantons. Die Gemeinden haben bereits heute die Möglichkeit, im Bau- und Zonenreglement entsprechende Vorgaben zu erlassen. Im Sinn dieser Ausführungen im Planungsbericht Klima und Energie lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Daniel Piazza: Zweifellos geht das Anliegen des Postulats in die richtige Richtung. Die Schaffung von Anreizsystemen für die Verwendung ökologischer und nachhaltiger Baumaterialien ist wichtig. Das ist definitiv einer der relevanten Hebel. Die Mitte unterstützt die teilweise Erheblicherklärung aus den folgenden vier Gründen. Erstens: Im Postulat werden Baustoffe gegeneinander ausgespielt. Dagegen wehren wir uns genauso vehement, wie wenn im Klima- und Energiebereich Technologien gegeneinander ausgespielt werden. Jeder Baustoff, nicht nur Holz, welches die Mitte auf dem Weg zum Ziel «Netto null 2050» politisch sehr unterstützt, sondern auch Kies und Sand müssen, sollen und können einen

Beitrag zur Verbesserung leisten. Im Postulat bleibt unerwähnt, dass in den letzten rund 20 Jahren der CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei der Zementproduktion bereits um etwa 15 Prozent reduziert wurde und die nächsten Messlatten bis 2035 bei 32 Prozent Reduktion und bis 2050 bei 80 Prozent liegen, das nur als Beispiel. Der Postulant ist hier klar zu einseitig. Er verkennt das enorme Einsparpotenzial aller Baustoffe, die wir auch in Zukunft immer brauchen werden. Das führt mich zum zweiten Punkt: Im Postulat wird verkannt, dass die Regionalität ein wesentlicher Faktor ist. Es müssen Grundlagen geschaffen werden, damit in Zukunft nicht mehr wie heute rund 70 Prozent des eingesetzten Holzes importiert werden müssen, weil die nötigen Qualitäten oder Mengen nicht vorhanden sind. Die regionale Versorgung und die Wertschöpfungskette sind zu stärken. Dafür hat unser Rat auch schon einige konkrete Vorstösse überwiesen. Auch Kies und Sand sind regional verfügbare Stoffe, die so weit wie möglich aus der Region stammen sollten. Drittens: Dies knüpft an der Wichtigkeit der regionalen Versorgung an. Die isolierte Betrachtung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist zu verengt. Anders als das im Postulat genannt ist, muss eine umfassende Ökobilanz bei der geforderten Anreizsetzung massgebend sein. Das wiederum ist ein wichtiges Argument für eine regionale Versorgung mit Baustoffen. Viertens: Im Postulat werden Labels vorgeschlagen. Auch hier ist es wichtig, dass eine Gesamtbetrachtung gemacht wird. Für uns ist es wichtig, dass, wenn man Labels verwenden will, dann nur so, wie es der Regierungsrat im Planungsbericht vorsieht, nämlich mit bestehenden Zertifizierungen wie zum Beispiel des Netzwerks Nachhaltiges Bauen Schweiz. Es kann aus unserer Sicht nicht die Aufgabe des Kantons sein, eigene Labels zu schaffen. Die Stossrichtung des Postulats stimmt, aber der Teufel steckt im Detail, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung. Hier haben wir das eine oder andere Fragezeichen. Deshalb stimmt die Mitte für die teilweise Erheblicherklärung.

Gisela Widmer Reichlin: Der Regierungsrat empfiehlt, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Der Regierungsrat sieht wie die SP die Notwendigkeit, ein Anreizsystem für das Bauen mit ökologisch nachhaltigen Baumaterialien zu schaffen. Die SP-Fraktion unterstützt das Ansinnen des Postulats ebenfalls. Sie möchte drei Punkte ergänzen: Die Ausgestaltung des Anreizsystems muss noch weiter konkretisiert und überarbeitet werden. Dem Einsatz eines Ausnützungszuschlags stehen wir kritisch gegenüber. Sanierungen ohne Volumenerweiterung könnten von einem Ausnützungszuschlag nicht profitieren, daher sollte dieser Punkt überdacht werden. Alternativ zum Ausnützungszuschlag könnte ein Fördersystem mit finanzieller Abgeltung den Einsatz ökologischer Baumaterialien beschleunigen. Auch Investoren und Investorinnen kalkulieren hart. Die einheimischen Materialien sollen bevorzugt werden. Daraus resultiert ein kleinerer CO<sub>2</sub>-Fussabdruck, und die einheimische Wirtschaft wird gefördert. Eine sensible Waldbewirtschaftung fördert zudem die Artenvielfalt. Ein Label wendet messbare Kriterien an. Dabei sollen alle Phasen des Materials von der Produktion über den Transport bis hin zur Verwendung und Rückführung in den Kreislauf berücksichtigt werden. Fazit: Der Einsatz ökologischer Baumaterialien soll gefördert werden. Es nützt der Natur und der Wirtschaft und stützt die dringliche Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Die SP-Fraktion stimmt aufgrund dieser Überlegungen dem Postulat zu und empfiehlt dem Rat die vollständige Erheblicherklärung.

Mario Cozzio: Der Postulant fordert ein Anreizsystem für die Verwendung von ökologischen Baumaterialien. Die GLP hat dies so verstanden, dass er ein Beispiel nennt, wie das aussehen könnte, grundsätzlich aber offen lässt, wie ein solches Anreizsystem ausgestaltet werden soll. Wie es die Regierung in ihrer Stellungnahme erläutert, sind Massnahmen in die gleiche Richtung bereits unter den Massnahmen KS-ER4 und KS-G4.1 im Klimabericht enthalten. Das konkret geforderte Anreizsystem fehlt aber. Die GLP ist überzeugt, dass dieses eine griffige Massnahme darstellen würde. Darum hätten wir die Erheblicherklärung unterstützt. Aber da der Postulant mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden ist, können wir auch dem zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Danke für die Diskussion. Wir sind eigentlich auf dem gleichen Weg unterwegs wie Urban Frye. Ich werde aber darauf zurückkommen, wieso wir die teilweise

Erheblicherklärung beantragen. Der Planungsbericht Klima und Energie nimmt sich dieser Thematik des ökologischen Bauens an. Die Stossrichtung mit treibhausgasarmen Baumaterialien verfolgt das Ziel, dass mehr treibhausgasneutrale oder treibhausgasreduzierte Baustoffe verwendet und diese im Sinn der Kreislaufstrategie später einfacher recycelt werden können. Die finanzielle Förderung solcher Baumaterialien wird in Verbindung mit Labels bereits vorgeschlagen und kann auch ausgebaut werden. Beispielsweise sieht der Standard Minergie Eco das bereits vor. Im Planungsbericht nehmen wir damit das Anliegen weitgehend auf. Diese Massnahme ist in der Umsetzung weiter zu konkretisieren, das wollen wir angehen. Auch den Vorschlag des Postulats für einen Ausnützungsbonus sehen wir, aber das liegt in der Kompetenz der Gemeinden. Es ist nach dem geltenden Kantonalen Energiegesetz heute schon möglich, dass mit einem Bonus gearbeitet wird. Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, das Postulat teilweise erheblich zu erklären, weil wir einen Teil des Postulats nicht erfüllen können und den anderen erfüllen wollen. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 84 zu 22 Stimmen teilweise erheblich.